

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halber: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrüch, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radenbornwald, Biederfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beitz, Halber i. H. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halber. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halber

Nr. 230

Interessantenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto —

Halber
Donnerstag, den 1. Oktober

Ercheint: wöchentlich 6 mal
Gratistheilen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“

1931

Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Laval und Briand wurden nach ihrer Rückkehr aus Berlin vom französischen Ministerrat zu ihrem Erfolge beglückwünscht.
* Der Preussische Staatsrat stellte fest, daß die preussischen Notverordnungen mit der Verfassung nicht vereinbar wären.
* Das Polarforscherschiff „Nautilus“ soll nicht mehr nach Amerika zurückkehren, sondern in der Nordsee versenkt werden.

Am Beobachtungsstand.

Alzu äußerlich wäre gerichtet, wenn man sagen würde: „Aha, wir nähern uns dem Reichstagsbeginn, dem 13. Oktober!“ — wenn man heute sieht, wie sich die innenpolitische Lage immer rascher kompliziert. Denn sie ist letzten Endes doch nur ein Reflex unseres wirtschaftlichen Notstandes. Und wenn sich in diesem die Spannungen ständig verschärfen, die Gegensätze zuspitzen, so überträgt sich das schnell auch auf den innenpolitischen Kampf. Es hat keinen Zweck, dieses Wort „Kampf“, „weitere Verschärfung und Zuspitzung der Gegensätze“ zu vermeiden. Und man kann — und soll — auch nicht die Augen dagegen verschließen, daß die Dinge in einer gefährlichen Entwicklung vorwärtstreiben. Der Schiedsspruch über den Lohnabbau im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau ist sofort von Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite abgelehnt worden. Der Zechenverband verlangt eine Lohnsenkung von 12 Prozent, weil er voller Sorge einem Ansturm der englischen Kohle entgegensteht, die durch die Hundertwertung geradezu eine Exportprämie erhält und bisher schon mit größter Mühe an einem weiteren Vordringen nach Deutschland hinein verhindert werden konnte. Für die Bergarbeiter bedeuten ja die 7 Prozent Lohnherabsetzung des Schiedsspruches eine Einkommensverminderung, die vielleicht noch ertragen werden könnte, wenn der Bergarbeiter voll beschäftigt wäre. Leider ist das aber nicht der Fall; die Zahl der Feiertaglichen hat eine geradezu unheimliche Höhe erreicht. Und die Währungsnot, die auch in den Ländern unseres Kohlenabfuges erschweren dort noch den Kampf gegen den englischen Wettbewerb. Sollen nun im deutschen Bergbau die Stilllegungen sich noch vermehren oder soll es gar zu einer sozialen Auseinandersetzung kommen, die in ihren Untergründen mehr wäre als nur ein Lohnkampf?

Auch die große Erklärung, das Programm, das die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft dem Reichskanzler vorgelegt haben, ist mehr als rein wirtschaftlicher Natur. Sie sagt es selbst, daß sie den Kampf für die Privat- oder „individualistische“ Wirtschaft und gegen die staatlichen Eingriffe ganz grundsätzlich durchführen will und nur auf diesem Wege eine Überwindung der Wirtschaftskrise erhofft, zum mindesten eine erhebliche Besserung. Das wird sofort in unser parteipolitischen Leben hinüberreflektieren als ein Kampf für den „Kapitalismus“ und gegen den „Sozialismus“. Daß man aber die Schwächung des Wirtschaftsertrages durch die staatliche Steuer- und Tarifpolitik, durch die Abgaben und Gebühren der Gemeinden usw. weitestgehend verhindern, also einen Abbau dieser Belastung herbeiführen will, dürfte auf grundsätzlichen Widerspruch allerdings kaum stoßen, liegt auf der Richtung der unter schwersten persönlichen Opfern eingeleiteten und mit rücksichtslosem Durchgreifen arbeitenden Sparpolitik in Reich, Ländern und Gemeinden. Anders aber ist es mit dem Punkt 2 des Programms der Wirtschaftsverbände: Reform des Tarif- und Schlichtungswezens im Sinne einer starken Verminderung der staatlichen Eingriffsmöglichkeiten und unter eigener Verantwortlichkeit der Arbeitgeber und -nehmer. Dann weiter: Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Wettbewerbsverhältnisse, — beides zusammen letzten Endes also die Wiedereinführung der individuellen Lohngestaltung. Daß hier von Arbeitnehmerseite der Hauptwiderstand einzuwirken wird, ist ohne weiteres zu erwarten, gleichzeitig damit natürlich auch der Kampf der parteipolitischen Organisationen, soweit sich diese als Interessenvertreter einer Arbeiterschaft betrachten, die bisher den gerade entgegengesetzten Weg gegangen ist und das Erreichende nicht aufgeben will. Man kann sich daher denken, welches Echo jene Vorschläge dort finden werden, und des weiteren, daß die Stellung des Kabinetts Brüning, parteipolitisch gesehen, dadurch alles andere als gestärkt wird.

Demgegenüber verschwindet selbst der „Fall Curtius“ im Hintergrund, in den er ja zeitweise schon durch den Besuch der französischen Minister gedrängt wurde. Er verliert an Bedeutung als Einzelfall, ebenso wie ja vorläufig die außenpolitischen Interessen ganz hinter den wirtschafts- und damit auch den innenpolitischen zurücktreten. Bedeutung kann er nur von diesem innenpolitischen Standpunkt aus haben für die Stellung des Kabinetts selbst, wenn natürlich auch nicht unmittelbar. Denn von viel größerer Wichtigkeit wird es werden, wie Brüning sich zu dem Auseinanderprallen der oben geschilderten Gegensätze wirtschafts- und vor allem sozialpolitischer Art verhalten wird. Er hat erklärt, mit seinem Wirtschaftsprogramm nicht eher hervortreten, als bis sich die Entwicklung des englischen Pfundes einigermaßen übersehen lasse. Anders aber steht es mit einer Reihe von Punkten, die von jener Voraussetzung mehr oder weniger unabhängig sind und einer schleunigen Neuregelung harren, meist steuerpolitische, aber auch einzelne sozialpolitische Reformaufgaben. Doch auch in ihnen stoßen die sozialpolitischen Gegensätze schon hart aufeinander, innenpolitisch noch verschärft durch Tendenzen, die überhaupt ein Verumfassen des Steuers nach

Kampf um das Winterprogramm

Sturm auf Brüning?

Das Manifest der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft hat in Kreisen der Reichsregierung beifolgende größte Beachtung gefunden. Wenn jedoch in Berliner Mittagsblätter, so wird an zuständiger Stelle erklärt, in diesem Zusammenhang von einem Sturm auf Brüning spreche, so sei das falsch. Die Reichsregierung empfinde das Manifest nicht als einen Angriff auf sie, sondern ganz im Gegenteil als eine Unterstützung. Es sei besonders hervorzuheben, daß sich unter den Unterzeichnern des Manifestes Verbände von der Staatspartei bis zu den Deutschen Nationalen befänden. Die in dem Manifest klar herausgestellte Feststellung, daß die Selbsthilfe der Industrie den Regierungsmahnahmen vorzuziehen habe, sei eine Auffassung, die auch von der Reichsregierung geteilt werde.

Siezu schreibt die Abendausgabe des Vorwärts, des Zentralorgans der Sozialdemokratischen Partei: „Diese Erklärung von zuständiger Seite könnte von größter Bedeutung sein, wenn sie die Auffassung des verantwortlichen Regierungschefs, des Reichskanzlers Dr. Brüning, wiedergeben würde. Wäre dies der Fall, so würde eine solche Stellungnahme der Reichsregierung zu den ultimativen Forderungen der Unternehmer geeignet sein, grundlegende Veränderungen der innenpolitischen Lage herbeizuführen. Sie würde eine offene Kampfansage an die gesamte deutsche Arbeiterschaft ohne Unterschied der Partei bedeuten.“

Der Reichskanzler wird auf das schnellste die Frage klären müssen, ob diese Stellungnahme gewissen Respektwünschen entspricht, oder ob sie seine eigenen Auffassungen wiedergibt!

Das sieht fast wie eine Schwertung aus, die die Sozialdemokratische Partei in ihrer Haltung der Regierung gegenüber einzunehmen gedenkt. Sollte sie aus den Differenzen in ihrem eigenen Lager den Schluß ziehen, daß sie in ihrer Unterstützung des Regierungsprogramms zu weit gegangen ist? Wenn man dazu rechnet, daß aus den verschiedensten politischen und wirtschaftlichen Interessengruppen die Reichsregierung mit einem Sturm von Protesten und Forderungen zur Ausgestaltung des Winterprogramms überschüttet wird, so wird man feststellen müssen, daß sich die Aufgabe des Kabinetts immer schwieriger gestaltet, je mehr es zögert, die geplanten Maßnahmen endgültig bekanntzugeben.

rechts hinüber anstreben. Gewiß wird überall und immer in der Politik nichts so heiß gegessen, wie man es in Form von Programmen, Erklärungen und Beschlüssen auf den Tisch stellt; aber „Gewitter über Deutschland“ ist noch ein recht zurückhaltender Ausdruck für das, was auch über dem Kabinett Brüning schwebt.

Kurze politische Nachrichten.

An Stelle des Abgeordneten Dr. Franzen, der sein Mandat zum 30. September niedergelegt hat, tritt der Landmann Martin Matthies, Hof bei Meldorf in Schleswig-Holstein (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei), in den Reichstag.

Der Reichsparteiausschuß des Zentrums tritt am Sonntag, den 25. Oktober, im Reichstag zusammen. Hauptgegenstand der Tagung ist ein Referat des Reichskanzlers Brüning über die politische Lage.

Im Anschluß an den Beschluß des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats, im bevorstehenden Winter aus den Halbenbeständen verbilligte Kohle für Erwerbslose abzugeben, plant auch das Mitteldeutsche Braunkohlen-Syndikat eine solche Hilfe. Die Einzelheiten der Durchführung werden Gegenstand von Verhandlungen mit den einzelnen Fürsorgestellen sein.

Der geschäftsführende Vorstand des Verbandes der Preussischen Landgemeinden trat am 29. September in Berlin zusammen und beschäftigte sich mit den Maßnahmen der Reichs- und Landesregierung zur Sicherung der Haushalte der Länder und Gemeinden. Er war einmütig der Auffassung, daß parastatistische Wirtschaftsführung allerorts durchgeführt werden muß. Er glaubt aber, mit allem Ernst darauf hinweisen zu sollen, daß die auf dem Wege der Notverordnungen getroffenen Maßnahmen in bedenklicher Weise den Rechtsboden verlassen und damit ein für das Staatsgefüge gefährliches Gefühl der allgemeinen Rechtsunsicherheit erzeugen müssen.

Einspruch des Stahlhelms.

Gegen das Ergebnis des Volksentscheids.

Das Bundesamt des Stahlhelms hat an das Wahlprüfungsgericht beim Preussischen Landtag ein Schreiben gerichtet, in dem gegen das Abstimmungsergebnis des Volksentscheids auf Landtagsauflösung in Preußen, wie es der Landeswahlaustrich festgestellt hat, Einspruch erhoben wird. In dem Schreiben wird eine Anzahl von Gründen aufgeführt, die nach Ansicht des Stahlhelms beweisen, daß Übergänge im Sinne einer Abstimmungs-

Notverordnungen in Not.

Die preussische Verordnung verfassungswidrig?
Der Verfassungsausschuß des Preussischen Staatsrates beschäftigte sich mit den von der preussischen Staatsregierung auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten erlassenen Verordnungen. Der Ausschuß kam zu folgenden Feststellungen: Die von der preussischen Staatsregierung erlassenen Verordnungen stehen mit zwingenden Vorschriften der Reichs- und Landesverfassung nicht im Einklang. Eine erhebliche Anzahl von Bestimmungen überschreitet das Maß des zur Befestigung des Notstandes Erforderlichen und ist deshalb mit der Verfassung unvereinbar.

Das Frankfurter Stadtparlament nahm einstimmig einen sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrag an, der den Magistrat auffordert, bei der preussischen Regierung gegen die einschneidenden Bestimmungen der Notverordnung zu protestieren, nach denen der Magistrat ohne Anhörung der Bürgerschaftsvertretung berechtigt ist, die vorgeschriebenen Sparverordnungen durchzuführen.

Im Preussischen Staatsrat wurden die Feststellungen des Verfassungsausschusses einstimmig angenommen.

Eine neue Arbeiterpartei?

Die Differenzen bei den Sozialdemokraten.

Die aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossenen Reichstagsabgeordneten Seydewitz und Rosenfeld geben in einer öffentlichen Erklärung bekannt, daß sie nicht daran denken, zur kommunistischen Partei überzutreten. Ebenso wenig sind sie geneigt, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen. Sie sind vielmehr, so erklären sie, fest entschlossen, ihre politische Tätigkeit, die sie seit Jahrzehnten ausüben, fortzusetzen. Am Sonntag fände in Berlin eine Reichskonferenz der mit den beiden ausgeschlossenen sympathisierenden Sozialdemokraten statt. Nach der großen Zahl von Zustimmung und Solidaritätserklärungen, die die beiden Abgeordneten bereits erhalten haben, sei mit einem starken Besuch dieser Konferenz zu rechnen.

Der Bezirksverband Niederschlesien der SPD. hat beschlossen, den gesamten Vorstand des Bezirks Breslau der SPD. und den Parteisekretär Rausch ihrer Ämter zu entheben, weil sich der Vorsitzende des Ortsvereins, Dr. Eckstein, hinter die Abgeordneten Seydewitz und Rosenfeld gestellt hat.

behinderung oder irreführenden Beeinflussung durch die Behörden stattgefunden haben und daß die in der Verfassung vorgesehene Abstimmungsfreiheit und das Abstimmungsgeheimnis bei dem Volksentscheid verletzt worden sind.

Der Einspruch wird u. a. auf folgende Gründe gestützt: Nichtstreichung Verstorbener in den Stimmlisten, Doppelstreichung verzogeter Personen, Ausübung behinderter (Geisteskranker und Entmündigter) als stimmberechtigt, Nichtberücksichtigung des Ruheens ihres Stimmrechtes bei Personen des Soldatenstandes, Ausübung von Ausländern als Stimmberechtigte, nachträgliche Streichung von Stimmberechtigten, die sich beim Volksbegehren eingetragen hatten, unzulässige Ungültigkeitserklärungen gültiger Stimmzettel, Mängel in Abstimmungstotalen, Mängel bei Ausstellung und Übersendung von Stimmzetteln und Mängel der Stimmzettel und Umschlüge, Verstöße von Abstimmungsvorsteher, Verstöße von Beamten, die dienlich mit der Bearbeitung von Volksentscheidungsangelegenheiten betraut waren, Verstöße von Behörden, Verstöße der Presse, insbesondere der sozialdemokratischen, gegen das Wahl- und Abstimmungsgeheimnis.

Lohnregelung durch Notverordnung.

Der Schiedsspruch im Ruhrbergbau.

Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedsspruch über die Arbeitszeit im Ruhrkohlenbergbau im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt.

Eine Verbindlichkeitserklärung des Lohnschiedsspruches ist nicht erfolgt. Es ist jedoch anzunehmen, so wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß die Frage der Lohnregelung im Ruhrbergbau durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten geregelt werden wird.

Neue Schlichtungsnotverordnung.

Die Reichsregierung veröffentlicht eine Notverordnung über die Beilegung von Schlichtungsstreitigkeiten öffentlichen Interesses. Der Reichsarbeitsminister wird ermächtigt:

die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen zu ändern. Die Regierung wird ermächtigt, die Unterarbeiter des Steinkohlenbergbaus des Ruhrgebietes und ihre Arbeitgeber mit Wirkung vom 1. Oktober bis zum 30. November 1931 von der Beitragspflicht der Reichs-anstalt für Arbeitslosenversicherung zu befreien.

Die Sozialdemokraten bei Brüning.

Über die Verhandlungen ihrer Unterhändler mit dem Reichskanzler gibt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Mitteilung heraus, wonach die sozialdemokratischen Vertreter die in der neuen Notverordnung zu reaelnden Anagen zur Sprache brachten. Sie unterrich-

teilen den Reichskanzler nochmals eingehend über ihren Standpunkt, namentlich in bezug auf die Frage der Neuordnung der Arbeitslosenversicherung und der restlosen Aufrechterhaltung des Tarifrechtes.

Sie legten besonderes Gewicht darauf, daß eine weitere Herabsetzung der Unterstützungssätze in der Arbeitslosenversicherung nicht zu tragen sei. Im Zusammenhang damit wurde nochmals betont, daß die zugesagte Beseitigung der schlimmsten sozialen Härten aus der Juni-notverordnung nunmehr in der kommenden Notverordnung erfolgen müsse.

Der Reichskanzler erklärte, daß das Reichskabinett sich bereits in den nächsten Tagen abschließend mit dem Inhalt der neuen Notverordnung befassen werde. Im Verlauf der Aussprache erklärte der Reichskanzler, daß die Meldungen, wonach sich die Reichsregierung mit dem Programm der Wirtschaftsverbände identifiziere, und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen der Begründung enthalten.

Tariffkündigungen im ganzen Reiche.

Metallindustrie, Textilindustrie, Brauereien u. a. m.

Der Verband Berliner Metallindustrieller hat den Lohnstarif für die Arbeiter zum 31. Oktober gekündigt. Der Eisenhüttenverband Niederschlesien hat den zurzeit geltenden Lohnstarif ebenfalls zum 31. Oktober gekündigt. Von dieser Kündigung dürften etwa 3000 Arbeiter betroffen werden. Gleichzeitig wurden vom Verband schlesischer Metallindustrieller, Gruppe Breslau, Reife und Ratibor die Manteltarifverträge zum 31. Dezember 1931 gekündigt.

Der Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig hat das Gehaltsabkommen mit den Angestellten für den 31. Oktober 1931 gekündigt.

Der Verband von Arbeitgeber der sächsischen Textilindustrie hat die Manteltarifverträge für kaufmännische Angestellte, Werkmeister, Entwerfer usw. in den gemischten Webereien und in den Ymnisteriepfabrizien des Vogtlandes, in den sächsisch-thüringischen Färbereien und Appreturanstalten zum 31. Dezember dieses Jahres gekündigt.

Die Vereinigung der Hartsteinindustrie in der Oberlausitz hat den Drecher-Manteltarifvertrag zum 31. Dezember 1931 gekündigt.

Der Verband der Brauereien von Dresden und Umgebung hat den Manteltarif für die Angestellten zum 31. Dezember 1931 gekündigt, und um zum Abschluß eines Kurzarbeitszeitabkommens mit den Angestelltenverbänden zu gelangen, ist der Paragraph 4 des Tarifvertrages, der die Arbeitszeitregelung enthält, bereits zum 31. Oktober d. J. gekündigt worden.

Wirtschaftspartei und Wirtschaftskrise.

Die Wirtschaftspartei über die Wirtschaftskrise.

Über eine in Berlin abgehaltene Sitzung gibt die Parteileitung der Wirtschaftspartei eine Mitteilung aus, in der es unter anderem heißt: Gegen die Auffassung des Reichskanzlers über die ungeheure wirtschaftliche Not in Deutschland erhebt die Wirtschaftspartei energische Widerspruch. Die heutige Krise ist nicht mehr ein Reinigungsprozeß, der längst abgeschlossen ist, sondern ein Zusammenbruch der Betriebe aller Art

infolge überhöhter steuerlicher und sozialer Lasten und besonders der gesunkenen Kaufkraft breiterer Volksschichten. Bei dieser katastrophalen Entwicklung ist kein Ende abzusehen, wenn nicht eine

grundständige Umkehr und Abkehr

von unserer bisherigen Wirtschafts- und Finanzpolitik erfolgt.

Ein Protest der Wirtschaftspartei.

Über eine in Berlin abgehaltene Sitzung gibt die Parteileitung der Wirtschaftspartei, nach Berliner Meldungen, eine Mitteilung aus, in der es u. a. heißt:

„Die Parteileitung beschäftigt sich eingehend mit der Erklärung des Reichskanzlers auf der Sparlastenfundgebung, in der er behauptete, daß die deutsche Wirtschaft sich in einem Reinigungsprozeß großen Umfangs befinde. Der Herr Reichskanzler hat bei dieser Gelegenheit weiter erklärt, es wäre falsch und unmöglich, diesen Prozeß aufzuhalten. Gegen diese Auffassung über die ungeheure wirtschaftliche Not in Deutschland erhebt die Wirtschaftspartei energischen Widerspruch. Die heutige Krise ist nicht mehr ein Reinigungsprozeß, der längst abgeschlossen ist, sondern ein Zusammenbruch der Betriebe aller Art infolge überhöhter steuerlicher und sozialer Lasten und besonders der gesunkenen Kaufkraft breiterer Volksschichten. Bei dieser katastrophalen Entwicklung ist kein Ende abzusehen, wenn nicht eine grundständige Umkehr und Abkehr von unserer bisherigen Wirtschafts- und Finanzpolitik erfolgt.

Nach der Mitteilung hat die Parteileitung weiter beschlossen, eine Nothilfe des Mittelstandes durchzuführen.

Der Wohnheimstättenengesetzentwurf.

Eine Erklärung Stegerwalds.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages beschäftigte sich, nach Berliner Meldungen, mit einem sozialdemokratischen Antrag über einen Wohnheimstättenengesetzentwurf, der den Bau neuer Kleinwohnungen vorsieht. Dabei nahm Reichsarbeitsminister Stegerwald das Wort. Er sagte u. a.: Er werde aufs möglichst schnelle Vorlegung des Entwurfs im Kabinett und im Reichsrat drängen. Ueber die Neugestaltung der Hauszinssteuer und die zukünftige Gestaltung der Bauwirtschaft könne er als Ressortminister noch keine Einzelheiten mitteilen, ohne der Entscheidung des Reichspräsidenten vorzugreifen. Endgültiges könne überdies erst gesagt werden, wenn man die Rückwirkungen der englischen Wirtschaftskrise auf die deutsche Wirtschaft ganz übersehe. Von einem plötzlichen Abbau der Wohnungsbauwirtschaft könne keine Rede sein. Allerdings könne man bei den größeren Wohnungen weitere Lockerungen vornehmen. Die endgültige Gestaltung der Hauszinssteuer und der Wohnungszwangswirtschaft hänge von unserer zukünftigen Wirtschaftsentwicklung ab. Die Auswanderung aus den Städten nach dem Lande nehme heute immer mehr zu.

Ministerialdirektor Zarden vom Reichsfinanzministerium erklärte, bei der Materie der Hauszinssteuer ständen nicht nur die Interessen der Hausbesitzer, sondern auch die der Mieter einschließlich der Neubausmieter au, dem Spiel, vor allem aber auch die Interessen der Länder und Gemeinden. Die Beratung im Kabinett sei noch nicht abgeschlossen. Infolge der zunehmenden Verschlechterung der Wirtschaftslage bleibe das Aufkommen der Hauszinssteuer gegenüber 1929 schon um mehrere 100 Millionen zurück.

Schließlich wurde eine Entschlieung zugunsten der Neubebauung des Wohnungsbaues angenommen.

Wieder in Paris.

Die französischen Minister über ihren Berliner Besuch.

Ministerpräsident Laval und Außenminister Briand trafen auf dem Pariser Nordbahnhof ein. Schon lange vor Eintreffen des Zuges hatte sich eine nach Hunderten zählende Menschenmenge versammelt. Die beiden Minister wurden beim Verlassen des Zuges von sämtlichen in Paris anwesenden Kabinettsmitgliedern begrüßt. In der Vorhalle hatte eine Musikkapelle von Auberwiller, wo Laval bekanntlich Bürgermeister ist, Aufstellung genommen und spielte die Marschallaise. Die Menge begrüßte die Minister durch Rufe: „Es lebe Laval! Es lebe Briand! und es lebe der Frieden!“

Ministerpräsident Laval hat an der ersten französischen Grenzstation Jeumont der dort versammelten Bevölkerung folgende Erklärungen abgegeben: „Wir haben in Berlin die heikelste Aufgabe zu erfüllen gehabt, vor die sich jemals französische Minister gestellt haben. Ich habe beim Reichskanzler Brüning die Schaffung eines französisch-deutschen Wirtschaftsausschusses angeregt. Angesichts der augenblicklichen Schwierigkeiten mag diese Initiative vielleicht bescheiden erscheinen. Man wird sie erst nach ihren Ergebnissen beurteilen können. Wir haben nichts von den Interessen unseres Landes geopfert, weil wir die Möglichkeit ins Auge faßten, diese Interessen unter den gegebenen Umständen mit den Erfordernissen der internationalen Solidarität in Einklang zu bringen. Genau wie in Berlin werde ich demnächst auch in Washington im Namen meines Landes mein Möglichstes tun, um meinen Teil an den neuen und schweren Aufgaben zu übernehmen, die die Weltkrise allen Regierungen auferlegt.“

Eine Gruppe von Eisenbahnern, die gleichzeitig Mitglieder eines Frontkämpferverbandes sind, überreichte dem französischen Außenminister einen Blumenstrauß. Briand gab hierauf ebenfalls eine kurze Erklärung ab, in der es unter anderem heißt, daß man ihm Verrat an den Toten und Verwundeten des Weltkrieges vorgeworfen habe, als er sich zu seiner Friedenspolitik entschlossen habe. Er habe trotzdem sein Ziel weiterverfolgt, da er der Überzeugung gewesen sei, daß die ehemaligen Frontkämpfer sich als erste darüber freuen würden, daß ihr Opfer nicht vergebens gewesen sei.

Im Ministerrat trafen Ministerpräsident Laval und Außenminister Briand ihre Kollegen über ihre Reise nach Berlin in Kenntnis. Der Rat beglückwünschte, wie es in einem Kommuniqué heißt, den Ministerpräsidenten und den Außenminister einstimmig zu den Ergebnissen ihrer Mission.

Dr. Brüning und Dr. Curtius an Laval und Brüning.

Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaussenminister Dr. Curtius haben an den französischen Ministerpräsidenten Laval und dem französischen Außenminister Briand das nachstehende Telegramm gerichtet: „Für Ihr liebenswürdiges Telegramm aus Aachen bitten wir, unseren besten Dank entgegenzunehmen. Es war uns eine große Genugtuung, Sie hier haben begrüßen zu können. Wir stimmen mit Ihnen aufrichtig in dem überein, daß unserer gemeinsamen Bemühungen ein voller Erfolg beschieden sein möge. gez. Brüning. gez. Curtius.“

Vor einer Verschärfung der Devisenbewirtschaftung.

Infolge der in den letzten Tagen stark gestiegenen Devisenabzüge ist in den nächsten Tagen eine Einschränkung der generellen Genehmigungen, die von der Devisenbewirtschaftungsstelle gewährt werden, zu erwarten. Die bisher ziemlich loyal gehandhabten Richtlinien der Devisenbewirtschaftungsstellen sollen im Hinblick auf die erst in der Praxis aufgetretenen Mängel, die eine Kapitalflucht begünstigen und auch Abtragung von Devisenverpflichtungen trotz Stillhalteabkommens ermöglichen, einem schärferen Zwange unterliegen. Daneben erwägt man bei den zuständigen Stellen eine durchgreifendere Erfassung der Devisenbestände.

Die Welt im Goldtaumel.

Auch Amerikas Goldstandard gefährdet?

Die beträchtlichen Goldabzüge aus den Vereinigten Staaten veranlassen englische Blätter zu der Bemerkung, diese Bewegung könne noch solche Ausmaße annehmen, daß die Vereinigten Staaten, obwohl sie fast über die Hälfte der gesamten Goldvorräte der Welt verfügen, unter Umständen zum Verlassen des Goldstandards veranlaßt werden könnten. Durch weitere Goldabzüge könnte sich nämlich die Nervosität in aller Welt so steigern, daß es zu einem Ansturm auf die amerikanischen Banken kommen könnte, deren Goldreserven nicht ausreichen würden, um alle Anforderungen ihrer Einleger zu befriedigen. Kein Land könne unter den gegenwärtigen Umständen sicher sein, daß es nicht durch die Ereignisse zum Aufgabe der Goldwährung gezwungen werden könnte.

Die Entwertung des Goldes.

Kriegsschuldenstreichung und Währungsstöße.

In New Yorker Bankkreisen werden die Nachrichten über das Fallenlassen der Goldwährung in den verschiedenen Ländern — zuletzt in Schweden, Norwegen und in Dänemark — zwar mit äußerster Ruhe aufgenommen, doch sind die Bestürzung und die Erwägungen darüber, wie dies alles enden soll, im Zunehmen begriffen. Die Rückwirkungen auf den amerikanischen Außenhandel, Gerüchte über ein Aussetzen der Goldeinlösung auch in Italien, der Zusammenbruch einiger weiterer amerikanischer Banken, das Ausstehen riesiger amerikanischer Kredite in Europa — alles dies soll die Banken zu der einstimmigen Überzeugung gebracht haben, daß die Streichung der Kriegsschulden das einzige Hilfsmittel aus dem allgemeinen Durcheinander ist. In den Vereinigten Staaten bestehe weiterhin der Eindruck, daß der Geldwert des Goldes von der Mehrzahl der führenden Länder über kurz oder lang einer Revision unterzogen werden könnte, möglicherweise in Anlehnung an den zahlenmäßigen Wert der hauptsächlichlichen Waren, und daß aus diesem Grunde der Wert des Goldes in den Vereinigten Staaten und in Frankreich geringer werden könnte.

Wie es heißt, wird auch von den interessierten Kreisen der stärkste Druck auf die Regierung in Washington ausgeübt, um Schritte zur Einberufung einer internationalen Konferenz über Währungsprobleme zu unternehmen.

Internationale Kohlenkonferenz in London.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten der englischen Kohlengrubenbesitzervereinigungen, Mister Evan Williams, trat vormittag eine internationale Konferenz der Grubenbesitzerorganisationen der Kohle fördernden Länder Europas zusammen, um etwaige mögliche Maßnahmen zu erörtern, durch die eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Kohlenindustrie in Europa erreicht werden kann. Auf ihr waren England, Deutschland, Frankreich, Polen, Belgien, Holland und die Tschechoslowakei vertreten. Deutscherseits waren Dr. Janus und Ruffel erschienen.

Das Ergebnis der Erörterungen soll den Organisationen der Kohlengrubenbesitzer in den verschiedenen europäischen Ländern zur Erwägung unterbreitet, danach dann die Einberufung einer weiteren Konferenz ins Auge gefaßt werden.

China-Japan zum letztenmal.

Sitzungen des Völkerbundes.

Der Völkerbund trat zu einer Sitzung zusammen, die vornehmlich der abschließenden Behandlung des japanisch-chinesischen Streites gelten sollte. Da jedoch die vertraulichen Verhandlungen der europäischen Großmächte mit der japanischen und der chinesischen Regierung noch zu keinem endgültigen Abschluß gelangt waren, konnte der Völkerbund zunächst in der China-Japan-Frage nichts erreichen. Der Völkerbund hat offiziell sämtliche Regierungen aufgefordert, die Verpflichtung zum Stillstand der Kämpfe zu genehmigen. Die übrigen Staaten werden aufgefordert, die Angaben bis zum 1. November zu machen.

Der Rat trat am Abend zu einer neuen Sitzung zusammen, in der eine abschließende Entscheidung über den japanisch-chinesischen Streit angenommen wurde. Der Völkerbund soll zur Behandlung des japanisch-chinesischen Konfliktes im Oktober erneut einberufen werden. Diese Einberufung der neuen Ratssitzung hat jedoch nur rein formale Bedeutung, da mit der Entschlieung die Behandlung des japanisch-chinesischen Streites vor dem Rat abgeschlossen wird. Man will sich jedoch die Möglichkeit offen lassen, im Falle einer neuen Verschärfung des Streitfalles den Völkerbund im Laufe des Oktober in Genf oder Paris von neuem zusammenzuberufen.

400 koreanische Farmer von chinesischen Soldaten niedergemetelt?

Nach einer Meldung aus Tokio sollen südlich von Mutsen 3000 chinesische Soldaten 400 koreanische Farmer niedergemetelt haben. Japanische Truppen aus der Mandschurei sollen zur Hilfeleistung entsandt worden sein.

Arbeitslosendemonstrationen in London.

Gelegentlich der Verhandlungen vor dem Schnellrichter über die Ausschreitungen vor dem Parlament am Montagabend kam es vor dem Gerichtsgelände zu erneuten Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei, bei denen die berittene Polizei gezwungen war, die angrenzenden Straßen mit Gewalt zu säubern. Hierbei sind mehrere Personen, darunter einige Frauen, verletzt worden.

Auch im Hyde Park trieb berittene Polizei einen Demonstrationszug von Arbeitslosen auseinander, die von dem Gerichtsgelände in der Innenstadt nach dort marschiert waren und ihrem Unwillen über die neuen Sparmaßnahmen in der üblichen Weise durch Schreien und Singen verbotener Lieder Ausdruck gaben. Es gelang der Polizei erst nach beträchtlicher Zeit die Arbeitslosen, die eine Anzahl von Reitern und Fußgängern beschäftigten, zu zerstreuen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 1. Oktober 1931.

Landmanns Arbeitskalender im Oktober.

Den richtigen Zeitpunkt zur Ernte der Kartoffeln zeigt das Abwelken des Krautes an, nach welchem keine Vermehrung der Stärke in den Knollen mehr stattfindet. Fäulnisgefahr hat freilich diesmal vielfach schon früher zum Ausmachen der Kartoffeln genötigt, während der letzte Wiesenchnitt durch die dauernden Regenfälle und das schlechte Trockenwetter teilweise sehr verspätet worden ist. Zur Ernte und Einmahlung der Kartoffeln kommt die Einbringung der übrigen Hackfrüchte außer den Kohlrüben, mit denen man sich wie mit dem Weiß- und Rotkraut usw. wegen ihrer geringeren Frostempfindlichkeit Zeit lassen kann, bis es die dringlicheren Arbeiten erlaubt. In wärmeren Gegenden wird in diesem Monat die Saat des Wintergetreides vollendet. Sind Gelpanne frei, so wird der Raps angehäufelt, die Hackfruchtfelder werden gepflügt, die früher gestürzten Stoppelfelder nach Verwitterung der Stoppeln und Aufgehen des Unkrautes gegergt, wo Zeit bleibt, werden die Sommeranbaufelder, besonders bei schweren Böden, vor Winterbeginn tief gepflügt, damit die Kälte ihre Krümelungsarbeit verrichten kann. Umbrechen von Grasfeldern und Düngerausfuhr, Kompostierung und Herbstbewässerung von Wiesen, aber rechtzeitige Abstellung des Niesels vor drohenden Frösten. Den Weidegang nach Möglichkeit ausnützen, jedoch Obacht vor zu frühem Morgenaustrieb auf bereifte Weiden geben. Futterüberschlag machen und Kraftfutter rechtzeitig bestellen!

Im Obstgarten Obsterte und Einwinterung der Wintervorräte vollenden, Bäume auslichten, trockene Äste entfernen, Leimringe gegen den Frostspanner anlegen, Beginn von Neuanpflanzungen von Bäumen und Beerensträuchern. Stedlinge von Johannisbeeren schneiden. Die abgeernteten Gemüsebeete umgraben. Im Blumen- und Gartengarten Frühjahrsblumen, wie Stiefmütterchen, Leberblümchen, Primeln anpflanzen und die Zwiebeln von Hyazinthen, Tulpen, Narzissen, Schneeglöckchen stecken. Gänsemaß. Spätmauernden Hühnern warme Ställe anweisen und ihnen durch geeignetes Futter helfen. Am Vienenstand die Stöcke für den Winter einrichten, die Fluglöcher vor Mäusen verwahren und bei, wie dieses Jahr meist, ungenügenden Honigvorräten mit der Zufütterung nicht largen.

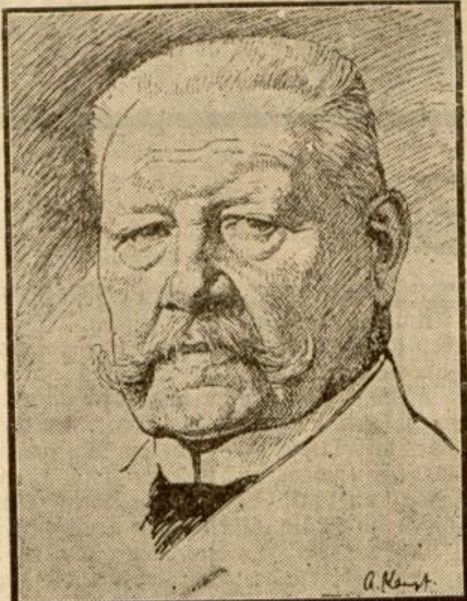
Transportgefährdung.

Vor einigen Tagen geriet in einem Bahnpostwagen der Strecke Leipzig-Berlin plötzlich bei der Bearbeitung eines Postbentels ein Päckchen in Brand. Dabei wurde ein Postkassener nicht unerheblich verletzt und fast der gesamte Inhalt des Postbentels in Mitleidenschaft gezogen. Der Umstand des mitfahrenden Personals gelang es, weiteren Schaden zu verhüten. Das Päckchen, das von

Dem Reichspräsidenten!

Zum 84. Geburtstag am 2. Oktober.

Der Reichspräsident vollendet am 2. Oktober das 84. Lebensjahr. Wie alljährlich, gedenkt an diesem Tage das deutsche Volk des höchsten Beamten im Reich mit besonderer Achtung und Ehrfurcht, und dieser Respekt wird ihm dargebracht nicht nur seines hohen Alters wegen, das man ehren möchte, sondern vor allem auch deshalb, weil er trotz dieses hohen Alters rastlos tätig ist, um den ins Unglück geratenen Staat, an dessen Spitze das Vertrauen des Volkes ihn gestellt hat, aus den Niederungen der Not wieder emporzuführen zu lichten Höhen, weil er unablässig am Werke ist, um seinem Deutschland wieder die Weltgeltung der Vorkriegszeit zu verschaffen, um ihm von neuem einen ersten Platz unter den Völkern der Erde erringen zu helfen. Und gleich dem deutschen Volke, erkennt die ganze Welt dieses hohe Bestreben des Reichspräsidenten mit ehrfurchtsvoller Bewunderung an. Der Reichspräsident hat Gegner, aber keine Feinde, und selbst die Gegner warten nicht an der Ehrlichkeit seines Wollens, an der Lauterkeit seines Charakters, an seiner Liebe und Treue zum Volke — zum ganzen Volke ohne Unterschied der Parteien — zu zweifeln. Seine Amtsführung hat sich stets streng im Rahmen der Verfassung gehalten. In seinen direkten öffentlichen Kundgebungen stellte er immer und immer wieder die Notwendigkeit, sich in Einigkeit zu finden, in den Vordergrund — nur Einigkeit könne einen neuen Aufstieg des deutschen Volkes



herbeiführen. Ohne je etwas feinen in der alten Zeit wurzelnden Grundanschauungen zu vergeben, verstand der Reichspräsident aus seinem strengen, eisernen Pflichtgefühl heraus, jederzeit auch den Erfordernissen der neuen Zeit und seiner neuen Stellung im Staate Rechnung zu tragen. Das danken wir ihm heute wie in früheren Tagen, und aufrichtig und ehrlich sind die guten Wünsche, die wir ihm zu seinem Geburtstag und für sein ferneres Leben darbringen.

Aus dem bisherigen Leben des Reichspräsidenten seien ein paar besonders merkwürdige Daten hervorgehoben. Die Stadt Posen ist seine Vaterstadt: hier wurde Paul von Benedendorff und Hindenburg als Sohn eines Offiziers geboren. Der Vater stammte aus Neudorf im westpreussischen Kreise Rosenberg; dieses Familiengut ist, wie man weiß, dem Reichspräsidenten später auf Grund einer besonderen Sammlung zum Geschenk gemacht worden. Die Familie Benedendorff ist altmärkisches Uradel entsprossen; die Namen- und Wappenvereinigung mit dem Geschlechte derer von Hindenburg fand im Jahre 1789 statt. In der Schlacht bei Königgrätz am 3. Juli 1866 wurde Paul von Hindenburg leicht verwundet. Im Kriege gegen Frankreich (1870) nahm er an den Schlachten von Gravelotte und Sedan und an der Belagerung von Paris teil, stieg während einer meist im Generalstab verbrachten militärischen Laufbahn zu den höchsten militärischen Ehrenstellen auf und nahm im März 1911 seinen Abschied. Von seinem Rufesitz in Hannover rief ihn der Weltkrieg in die militärische Tätigkeit zurück. Was er uns damals geworden und gewesen ist, ist bis zum heutigen Tage so frisch in Erinnerung, daß es kaum besonders hervorgehoben zu werden braucht: wir sagen nur Tannenberg und Masurische Seen, wir sagen nur Ostpreußen! Und dann Hindenburgs Treue nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges, nach dem Zusammenbruch Deutschlands: wie er sich nach dem Ausbruch der Revolution, um Schlimmeres und Schlimmstes zu verhüten, der neuen Regierung zur Verfügung stellte und die schwierige Operation der eiligen Rückführung des Heeres in die Heimat übernahm!

Die dritte große Lebensperiode des „Feldmarschalls“, wie viele Kreise ihn noch heute nennen, wird bezeichnet durch die Übernahme der Reichspräsidenten-schaft. Was fiel nicht alles in die Zeit seit dem 12. Mai 1925, an welchem Paul von Hindenburg das Amt des Reichspräsidenten übernahm und im Reichstage den Eid auf die Verfassung leistete! Aufwertungsgelei, Locarno-vertrag, Abwehr der Kriegsschuldfrage, Hindenburg-Spende, Hoover-Konferenz, Rheinlandräumung, Notverordnungen, Hoover-Plan usw. Nur ein paar Stichworte sind das, aber sie zeigen den Weg, den wir unter Hindenburgs Präsidentschaft gegangen sind. Der Reichspräsident — auch dies sei noch gesagt — ist Ehrenpräsident aller Hochschulen Deutschlands, Ehrenmeister des deutschen Handwerks und Ehrenbürger von mehr als 170 deutschen Städten. Und vielleicht erinnert man sich auch, daß er Lebenserinnerungen geschrieben hat, die im Frühjahr 1920 unter dem Titel „Aus meinem Leben“ erschienen sind. Ob er sie wohl während seiner Präsidentschaft ergänzt und weitergeführt hat?

Der Sternenhimmel im Oktober.

Nachdem die Sonne am 24. September den Schnittpunkt ihrer Bahn mit dem Himmelsäquator überschritten hat, steigt sie während des nächsten Vierteljahres immer weiter am Himmelsgerade hinab. Die Tageslänge wird dadurch im Oktober von 11½ auf 9½ Stunden verkürzt.

Die Mondphasen fallen auf folgende Tage: am 4. Oktober ist Letztes Viertel, am 11. Neumond, am 18. Erstes Viertel und am 26. Vollmond.

Wenn auch der Sternenhimmel noch immer von dem auffallenden Dreieck der Deneb im Schwan, Wega in der Leier und Altair im Adler beherrscht wird, so beginnt sich doch langsam ein Umschwung bemerkbar zu machen, der dem Wechsel der Jahres-

Reparaturen statt Neuarbeit

Gefahren der Pfusch- und Schwarzarbeit

Die wirtschaftliche Lage des Handwerks.

Vom Reichsverband des deutschen Handwerks wird uns geschrieben: Durch die weitere Entwicklung der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse ist auch die Handwerkswirtschaft schwer in Mitleidenschaft gezogen. Die zunehmende Verschärfung der Lage im Handwerk kommt für den Monat September deutlich in den immer weiter zurückgehenden Umsätzen zum Ausdruck. Mit der Fortdauer dieser Verhältnisse wird die finanzielle Lage zahlreicher auch gut fundierter Betriebe immer kritischer. In steigender Zahl sind bereits

Vergleichsverhandlungen und Konkurse

zu beobachten. Am schwierigsten gestaltet sich die Lage in den Gewerben, in denen die an und für sich schon ungenügende Beschäftigung aus saisonmäßigen Gründen rückläufige Tendenz hat. Dies gilt besonders für

das Baugewerbe,

sowie für die im engen Zusammenhang mit dem Baugewerbe stehenden Baunebenberufe, Metall- und Holzgewerbe. Da die wenigen schon früher begonnenen Bauten größtenteils beendet sind, infolge der Finanzierungs-schwierigkeiten Neubauten aber nicht in Angriff genommen werden und, soweit möglich, begonnene Bauten sogar eingestellt werden, ist die Geschäftslage aller für den Baugewerbe arbeitenden Betriebe sehr schlecht. Auch Aufträge für Reparaturarbeiten vermögen keinen Ausgleich für den Ausfall an Neuarbeiten zu geben, da auch mit der Auftragserteilung für diese Arbeiten sehr zurückgehalten wird. Unter dem Ausfall der Reparaturarbeiten haben vor allem

die ländlichen Betriebe

des Schmiede-, Schlosser-, Sattler- und Stellmacherhand-

werts zu leiden.

Günstiger als in den bisher genannten Berufen liegen die Verhältnisse bei den Berufen, für die der Berichtsmonat den Anfang ihrer Hauptgeschäftszeit bedeutet: die Herren- und Damen Schneidererei, Putzmacherhandwerk und Kürschnerhandwerk. Die Belebung der Geschäftstätigkeit hielt sich jedoch in diesem Jahr in auffallend engen Grenzen. Auch hier wurden in der Hauptsache Umdänderungs- und Instandsetzungsarbeiten verlangt. Eine vermehrte Anzahl von Reparaturen und Instandsetzungsarbeiten hatten auch das Töpfer- und Glaserhandwerk infolge des frühen Einsetzens der Heizperiode aufzuweisen. Die erhoffte Besserung des Absatzes in den Nahrungsmittelgewerben ist überwiegend nicht eingetreten. Die verschlechterten Einkommensverhältnisse der Kundschaft haben vielmehr zu einem weiteren Rückgang der Umsätze im Schlächter-, Bäcker- und Konditorhandwerk geführt.

Die Entwicklung der Preisbildung

wird unter diesen Verhältnissen immer ungünstiger. Vor allem auf dem Lande werden rigorose Preisabstiche gefordert, bevor überhaupt ein Auftrag erteilt wird.

Zu berechtigten Klagen gibt auch die

schlechte Zahlungsweise der Kundschaft sowie der schleppende Eingang der Außenstände Anlaß. Da die geringe Beschäftigung der Betriebe zu immer weiteren Arbeiterentlassungen zwingt, wird auch die Schwarzarbeit der arbeitslosen Gesellen immer größer und dadurch der Auftragsseingang der Betriebe weiter verringert. Diese ständige Zunahme der Pfusch- und Schwarzarbeit, deren Bekämpfung mit den zurzeit zur Verfügung stehenden Mitteln sich leider als unumgänglich erweist, wächst sich für eine Reihe von Handwerkszweigen geradezu zu einer Existenzgefährdung aus.

Sitzung der Gemeindevertretung Hülfsheid.

Dreifache Bürgersteuer in Hülfsheid.

Heedfeld, 29. September.

Die Gemeindevertreter hatten sich in ihrer heutigen Sitzung zunächst mit der Umdänderung der öffentlichen Sprechstelle Hülfsheid in eine gemeindliche öffentliche Sprechstelle zu befassen. Die Posthilfsstelle bei Gottfried Ebberg wird durch Verfügung der Oberpostdirektion aufgehoben. Wenn die Gemeinde die üblichen Verpflichtungen übernimmt, soll diese Stelle in eine gemeindliche öffentliche Sprechstelle umgewandelt werden. Die Vertretung beschloß demgemäß.

Die Gemeindevertretung hat in den Vorjahren die Durchführung von Winterhilfsmassnahmen (Belieferung und Einkellerung von Kohlen und Kartoffeln) beschlossen. Für die Bedürftigen wurden bewilligt: pro Familie 20 Zentner Kohlen, dem Haushaltungsvorstand und der Ehefrau je 4 Zentner Kartoffeln, jedem Kinde im Alter von 1—3 Jahren 1 Zentner, jedem Kinde über 3—6 Jahre 3 Zentner, jedem Kinde über 6 Jahre 4 Zentner Kartoffeln. Kinder unter 1 Jahr bleiben unberücksichtigt. Die auf freiwilliger Grundlage eingeleitete Notstandsaktion steht mit den zu treffenden Massnahmen im Zusammenhang. Man war einstimmig der Ansicht, daß die Winterhilfe auch in diesem Jahre in der gleichen Weise vorgesehen werden müsse und beschloß, die Mittel dafür zu bewilligen, wenn man sich auch über die Deckung der Beträge nicht ganz im Reinen war.

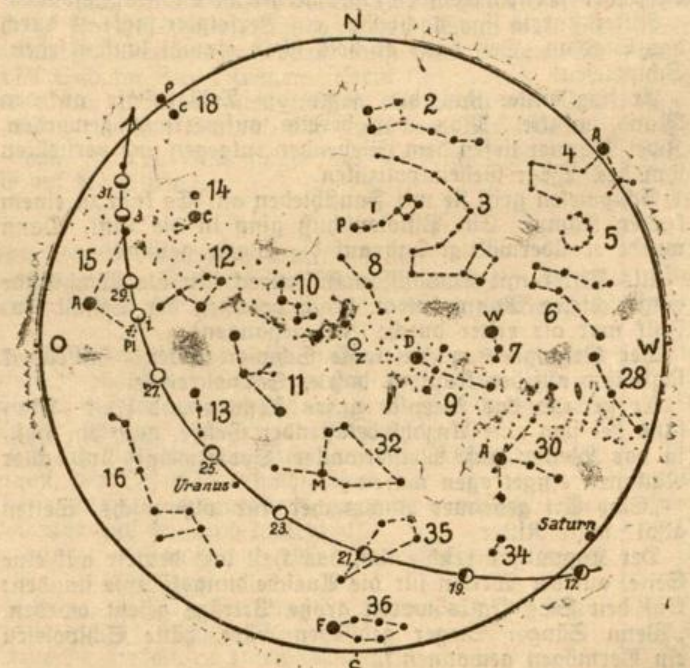
Ueber den derzeitigen Stand des Gemeindehaushalts gab Beigeordneter Weiland folgende Uebersicht: Bei der Festsetzung des diesjährigen ordentlichen Haushaltsplanes blieb bei der Erhebung von 260 Proz. Zuschlag zur Grundvermögenssteuer, 540 Proz. Zuschlag zur Gewerbesteuer vom Ertrage, 1200 Proz. Zuschlag zur Gewerbesteuer von der Lohnsumme, sowie der Bürgersteuer nach dem Landes-satz mit dem Zuschlag von 50 Proz. und der erhöhten Biersteuer ein ungedeckter Fehlbetrag von 50 000 RM. Die Er-langung eines Ausgleichs aus Staatsmitteln ist trotz be-weiskräftigster Anträge bisher nicht möglich gewesen. Der Regierungspräsident konnte sich zur Vorlage des Antrages beim Minister nicht verstehen, da nach seiner Auf-fassung „die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinde Hülfsheid im Vergleich zu anderen Gemeinden im Augen-blick noch nicht so ernst sind, daß ihr eine Beihilfe aus den sehr knappen Unterstützungsmitteln vom Minister be-

willigt würde“. Der Regierungspräsident fordert viel-mehr zunächst die Erschließung neuer Einnahmen durch Erhebung von Zuschlägen zur Bürgersteuer. Weiter wird gefordert, daß alle Ausgaben, die nicht auf gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtung beruhen, zu sperren sind. Falls eine Erhöhung der Bürgersteuerzuschläge abgelehnt wer-den sollte, werde deren Einführung mit 200—300 Prozent zum Landes-satz von Aufschwüngen erfolgen müssen. — Die Uebersicht geht dann näher auf die schon getroffenen und bekannten Sparmassnahmen ein und kommt zu der Feststellung, daß die Mittel für laufende Unterstü-tzungen an Wohlfahrtsverbände schon in der ersten Hälfte des Rechnungsjahres 1931 überschritten seien, daß mit einer Jahresüberschreitung von 25 000 RM zu rechnen sei. Der derzeitige Stand des Haushaltes weise einen Fehlbetrag von RM 91 500 auf, für den keine Deckung vorhanden sei, sie sei auch bei der von Jahr zu Jahr geschwächten Steuern-kraft der Gemeinde ausgeschlossen. Es bleibe einzig und allein eine erhöhte Inanspruchnahme der Bürgersteuer möglich, da die Realsteuerperre eine weitere Anspan-nung der Realsteuern verbiete.

In der Aussprache kam die Not der Gemeinde Hülfs-heid zum vollsten Ausdruck. Von allen Seiten wurde er-klärt, daß die Erhöhung der Bürgersteuer in einer Ge-meinde mit so kleinem Einkommen nicht tragbar sei, aber man fügte sich schließlich der Einsicht, daß es besser sei, einem Zuschlag von 200 Proz. zuzustimmen, als sich nachher vielleicht 400 Proz. auferlegen zu lassen. Danach beträgt also für die Gemeinde Hülfsheid die Bürgersteuer das drei-fache des Satzes und man erhöht — auf dem Papier natür-lich — die Einnahme von RM 9000 aus dieser Steuer auf RM 18 000.

In persönlichen Vorstellungen ist an Regierungsstelle die Not der Gemeinde bereits mehrfach zur Sprache ge-bracht worden. Man will trotzdem noch einmal versuchen, durch eine persönliche Rücksprache beim Regierungsprä-sidenten unter Hinweis auf die Notlage die Lockerung der Staatshilfe zu erreichen. Zu dem Zwecke werden die Her-ren Beigeordneter Weiland, Gemeindevorsteher Dannen-berg und die Vertreter Gregor und Beuerung beauftragt, sich zunächst mit dem Landrat in Verbindung zu setzen und dann beim Regierungspräsidenten vorstellig zu werden.

Mitteilungen und eine vertrauliche Besprechung be-schlossen die Sitzung.



1. Kleiner Bär P=Polarstern, 2. Großer Bär, 3. Drache, 4. Bootes A=Arktur, 5. Krone, 6. Herkules, 7. Leier W=Wega, 8. Cepheus, 9. Schwan D=Deneb, 10. Cassiopeja, 11. Andromeda, 12. Perseus, 13. Widder, 14. Fuhrmann C=Capella, 15. Stier A=Aldebaran P=Plejaden, 16. Walfisch, 17. Zwillinge C=Castor, P=Pollux, 18. Schlangenträger, 19. Adler A=Atair, 20. Pegasus M=Markab, 21. Steinbock, 22. Wassermann, 23. süd-l. Fisch F=Fomalhaut, 24. Krebs, 25. Widder, 26. Stier, 27. Zwillinge, 28. Schlangenträger, 29. Fuhrmann, 30. Bootes, 31. Kleiner Bär, 32. Großer Bär, 33. Drache, 34. Bootes, 35. Krone, 36. Herkules.

Z=Zenit. Mond: vom 1. bis 3. und 17. bis 31. Oktober, Planeten: Saturn und Uranus.

zeit auch im Aussehen des Firmaments widerspiegelt. Die ge-nannten Sommersternbilder haben sich allmählich nach Westen vorgehoben. Arcturus und Herkules stehen zum Untergange be-reit, dicht über dem Nordwesthorizont und der Bootes ist zu Beginn des Monats um 10 Uhr, und am Ende gegen 8 Uhr abends bereits verschwunden. Dagegen hat die östliche Himmels-hälfte ihr Gepräge vollständig verändert. Hier sind neue Bilder aufgetaucht, die wir mit ganz besonderem Interesse auf-suchen werden, Konstellationen, die jetzt ihre Wanderung über das Himmelsgewölbe beginnen und denen wir während des ganzen

Die Sternkarte ist für den 1. Oktober, abends 10 Uhr, 15. Okto-ber, abends 9 Uhr, und 31. Oktober, abends 8 Uhr, für Berlin — also für eine Polhöhe von 52½ Grad — berechnet. Die Sternbilder sind durch punktierte Linien verbunden und mit einer Nummer versehen. Die Buchstaben sind Abkürzun-gen für die Eigennamen der hellen Sterne. — Die Stellungen des Mondes sind von zwei zu zwei Tagen eingetragen. Das Datum steht unterhalb des Mondbildes, die Pfeilspitze zeigt die Richtung der Mondbahn an.

Winters begegnen. Da erscheinen bereits die ersten Sterne, des Sittens, an seiner roten Farbe erkennen wir den hellen Aldebaran und es genügt ein Opernglas, um in seiner Um-ggebung von reizvollem Sternhaufen der Hyaden zu betrachten. Von seltener Schönheit sind die Plejaden, die wir etwas höher mit bloßem Auge bei flüchtigem Hinsehen mit einer kleinen Wolke verwechseln könnten, die bei näherer Betrachtung etwa sieben gleichvolle Sterne erkennen lassen, die aber schon in unserem Glase oder noch besser in einem kleinen Fernrohr in uns un-endlich viel erscheinende Sternlein aufgelöst werden. Etwas höher liegt im Gebiete der Milchstraße der Perseus mit dem veränderlichen Stern Algol, weiter nach Norden verrät der gelb-liche Schimmer die helle Capella im Sternbilde des Fuhrmanns. Hoch zu unseren Haupten erkennen wir an der charakteristischen

einer „Fabrik praktischer Neuheiten“ ausgeliefert war, enthielt außer ungefährlichem Inhalt eine Schachtel mit Minen zu sogenannten Dauerzündern, die leicht brennen und sich zweifellos beim Versen des Beutels selbst entzündet haben. Der Vorfall zeigt, wie unvorsichtig und leichtsinnig jemand handelt, der leicht brennbare oder gar explosive Stoffe zum Postversand bringt. Er gefährdet nicht nur fremde Personen und fremde Sachen, er begründet nicht nur Regreßansprüche gegen sich selbst, sondern er riskiert unter Umständen auch die sehr empfindlichen Straßen, die bei Transportgefährdung und Verstößen gegen das Sprengstoffgesetz vorgehoben sind.

—* Das Amtliche Kursbuch Westdeutschland erschienen! Die Winterausgabe des von der Reichsbahndirektion Wuppertal herausgegebenen amtlichen Kursbuches Westdeutschland, gültig ab 4. Oktober d. J., ist erschienen und an den Fahrkartenschaltern, im Bahnhofsbuchhandel, in den Reisebüros und im übrigen Buchhandel zum Preise von 1,50 RM zu haben. Gleichzeitig ist auch der amtliche grüne Reisefahrplan erschienen und zum Preise von 0,90 RM erhältlich.

—* Aus der Wislade. Hilfe für Erwerbslose. Das Volkshochschulheim Wislade bei Lüdenscheld lädt wiederum zu einem Kursus ein. Der vielleicht schon manchem bekannte Termin von Anfang Oktober ist aus technischen Gründen auf den 15. Oktober verlegt worden. Diesmal soll der Kursus ein anderes Gesicht haben als sonst, wird im besten Sinne „aktuell“. Er wird ein Sechswochenkurs, verbunden mit freiwilligem Arbeitsdienste. Jeder, der erwerbslos ist, kann sich melden. Er bekommt durch die Vermittlung der Kursusleitung seine Unterstüßung weiter, die allerdings an das Volkshochschulheim abgeführt wird. Dafür erhält jeder Teilnehmer freie Verpflegung und Wohnung, Wäsche und ein kleines Taschengeld wöchentlich und dazu kostenlosen Unterricht. Wohlfahrtsunterstützte sind leider ausgeschlossen, da nach den geltenden Bestimmungen diese zu freiwilligem Arbeitsdienste nicht herangezogen werden dürfen. In praktischen Arbeiten sind vorgesehen: Ausbau und Verbesserung eines Reges auf dem Grundstücke der Wislade, Vergrößerung des Spielplatzes und Anlage eines Planschbeckens. In den Arbeitsgemeinschaften wird die Lage unseres Volkes von allen Seiten her beleuchtet und Vorschläge werden besprochen, die empfohlen werden zum Neuaufbau unseres Volkes und der Gesellschaft. Die Gesamtleitung dieses Kurses hat Wilh. Heims, Lehrer von der Volkshochschule Kremlende. Mitarbeiter sind eine Reihe von Lüdenscheldern Freunden der Wislade. Anmeldungen sind zu richten an das Volkshochschulheim Wislade bei Lüdenscheld. Nähere Bedingungen und Einzelheiten über den Kursus werden gleich nach der Anmeldung versandt.

—0 Auslegung von Gift. Ueber das Auslegen von Gift in Feld und Flur herrschen vielfach Unklarheiten. Die Ansichten von Jägern, Landwirten und anderen Tierbesitzern streifen sich in dieser Frage oft gegenüber. Die rechtliche Entscheidung bei diesen Meinungsverschiedenheiten war bisher nicht immer leicht zu fällen, da es an einer klaren Rechtsbestimmung hierüber mangelte. Es ist deshalb zu begrüßen, daß diese Materie jetzt für Preußen einheitlich gesetzlich geregelt ist, und zwar in der Verordnung über das Auslegen von Gift in Feld und Flur vom 16. September 1931. Die Verordnung tritt am 1. Oktober 1931 in Kraft. Da der Inhalt der Verordnung allgemein interessieren dürfte, sei er hier kurz wiedergegeben:

Das Auslegen von Gift sowie von vergifteten Ködern, Fischködern und dergl. in Feld und Flur (also außerhalb von Gebäuden oder außerhalb des sonstigen befriedeten Besitzums) ist grundsätzlich verboten. Ausgenommen von diesem Verbot ist das Auslegen von Gift

a) zum Vergiften von Mäusen und Ratten. Hierfür darf Giftgetreide, das als solches durch auffällige rote Färbung kenntlich gemacht werden muß, Phosphorlatwerge und damit behandelte Köder, ausgelegt werden. Das Giftgetreide ist entweder in die Baue (Erdböcher) der Tiere selbst einzubringen oder so verdeckt (z. B. in Ködern) auszuliegen, daß andere Tiere nicht daran gelangen können. Phosphorlatwerge und damit behandelte Köder dürfen nur in die Erdböcher selbst hineingebracht werden.

b) zum Vergiften von Reb- und Rabenträgen sowie von Eiern. Hierfür dürfen mit Phosphorlatwerge vergiftete Eier ausgelegt werden. Spätestens 3 Tage nach dem Auslegen sind die nicht aufgenommenen Eier einzusammeln und zu vernichten, ebenso etwa vorgefundene Kadaver.

c) zur Bekämpfung von wildernden Hunden oder Spähen. In besonderen Fällen darf zu diesem Zweck der Grundbesitzer oder der Jagdausübungsberechtigte vergiftetes Futter auslegen. Jeder einzelne Fall bedarf jedoch der Genehmigung des Landrats.

Die Verordnung macht es dem Ausleger zur Pflicht, die Giftauslegestellen täglich, bei entfernteren Auslegestellen mindestens jeden 2. Tag nachzusehen. Für Giftbänder ist noch wichtig, daß die Verordnung das Anbieten anderer Vergiftungsmittel als die vorgenannten zur Verwendung in Feld und Flur verbietet.

Ein Verstoß gegen die Vorschriften der Verordnung ist mit Geldstrafe oder Haft bedroht. Außerdem kann Personen, die gegen die Vorschriften verstoßen oder sich dabei sonst als unzuverlässig erweisen, das weitere Auslegen von Gift untersagt oder die Einholung einer polizeilichen Genehmigung vorgeschrieben werden.

Salver

—& Mit dem heutigen Tage sind wir in das Winterhalbjahr angetreten. Die Glocken der Kirche entbieten uns aus diesem Grunde den Morgengruß eine Stunde später als bis dahin. Während sie bis dahin schon um 6 Uhr ertönt, hören sie ihre Stimme heute erst um 7 Uhr erschallen.

—) Die Eheleute Robert Eider und Frau Marie geb. Eider zu Eiderichmitte können am Samstag, dem 3. Oktober das Fest ihrer Silberhochzeit begehen. Wir gratulieren herzlichst.

Schalksmühle

—) Am Sonntag, um 3 Uhr beginnt dies diesjährige Fest der Alten unserer Gemeinde im Kriegerfortschen Saale, Großelternnachmittag! Alle über 65 Jahre alten Gemeindeglieder sind dazu herzlichst eingeladen.

—“ Dahlebrüder. Die Verkehrsunfälle mehren sich in der unübersichtlichen Straßensituation an der Eisenbahnvorüberbrücke. So ereignete sich dort gestern nachmittag wieder ein neuer Verkehrsunfall. Ein im mäßigen Tempo die Volmestraße heraufkommender Motorradfahrer aus dem Rheinland war gezwungen, seine Maschine so scharf rechts zu steuern, um nicht mit einem aus entgegengekehrter Richtung kommenden Kraftwagen, der auf der Mitte der Straße fuhr, zusammenzustoßen. Der Motorradfahrer kam hierbei zu nahe an den Bürgersteig, verlor die Gewalt über die Maschine, kam ins Schleudern und zu Fall und wurde

dabei gegen den Straßenzaun geschleudert. Hilfsbereite Männer waren sofort zur Stelle und nahmen sich des Verunglückten an und brachten ihn zum Arzt. Wie durch ein Wunder ist die Maschine nur leicht beschädigt worden. Die Nummer des Kraftwagens, der weiterfuhr, ohne zu halten, konnte leider nicht festgestellt werden. Ein Aufstellen von Warnungstafeln wäre sehr am Platze, ehe sich weitere ernstere Unfälle ereignen haben.

Rönsahl

—c Feuer in Ober-Heufelbach. 2. Bericht. Am Dienstag mittag 12 Uhr wurde die Freiwillige Feuerwehr Büttchen durch ihre Alarm-Sirene zu erster Tätigkeit gerufen. Die mit der gesamten diesjährigen Ernte gefüllte große Scheune des Landwirts Gust. Lausberg in Ober-Heufelbach war in Brand geraten und stand bei Eintreffen der Wehr und einer Abteilung der hiesigen Sanitätskolonne in hellen Flammen. Der Feuerwehr, welche überaus in bewundernswerter Schnelligkeit mit Spritze und Mannschaftsauto erschien, gelang es, den Elektromotor sowie einige landwirtschaftliche Geräte zu retten, während die Drechsmaschine, Kreissäge und ein alter Kutschwagen mit verbrannten. Die Scheune und damit die gesamte Ernte, die versichert waren, brannten total nieder. Wie das Feuer entstanden ist, konnte bis zur Stunde noch nicht ermittelt werden. Gegen 5 Uhr konnte die Wehr unter Zuzustimmung einer Brandwache wieder abrücken.

—c Im Lebensmittelgeschäft, Bäckerei und Mühle Fritz Marcus, hier selbst ist ein „Amtlicher Verkauf von Postwertzeichen“ eingerichtet.

—: Brügge. Die für den kommenden Samstag vorgesehene Monatsversammlung des Evangel. Vereins muß besonderer Umstände wegen auf Sonntag, den 11. Oktober, nachm. 5 Uhr verlegt werden.

Lüdenscheld. Das Wanderpreisschießen der Jungschützen fand am Sonntag auf dem Schießstande des Brügger Schützenvereins statt. Die Lüdenschelder Jungschützen des Bürgerschützenvereins konnten sich abermals mit 746 Ringen den Wanderpreis holen. Mit 740 Ringen standen ihnen die Brügger nur wenig nach, und die Rahmeder brachten es auf 679 Ringe. Die Lüdenschelder stellten auch den besten Tageschützen mit 90 Ringen, der Brügger folgte mit 88 Ringen und der Rahmeder erzielte 80 Ringe. Das Gesamtergebnis darf als recht befriedigend angesehen werden.

pn Lüdenscheld. Leichtfertiger Streich. Ein junger Mann, der als Vertreter tätig war, unterschlug einpaar Gelder in Höhe von annähernd 1600 RM. Der Ankauf eines Motorrades sei der Beweggrund dafür gewesen, daß er sich an dem Gelde vergreifen habe. Der Fehlbetrag ist zum größeren Teile eracht. Da der Angeklagte sich zu bessern versprach und auch noch nicht vorbestraft ist, wurde ihm auf die wegen Unterschlagung vom Gericht festgesetzten 4 Wochen Gefängnis Bewährungsfrist zugestanden.

Lüdenscheld. Verhafteter Kellamenschwindler. Die Polizei nahm gestern einen Mann von auswärtiger Herkunft, der sich von Betrug und Schwindel ernährte. Er gab an, für eine Firma zu werben, die Lichtreklame herstellt und ließ sich Aufträge, die er erhielt, mit Beträgen bis zu 6 RM bevorzugen. Die betr. Firma existiert gar nicht, und es wurde weiter festgestellt, daß der Schwindler schon mit Gefängnis bestraft ist.

Braderfeld. Nothilfe. Unter Vorsitz von Bürgermeister Nieder-Westermann fand eine Tagung der Verbände, Parteien und Vereine statt zwecks Gründung der Nothilfe. Man wählte einen engeren Ausschuß, der weitere Maßnahmen durchführen wird.

pn Hagen. Schwere Strafe für eine Urkundenfälschung. Ein bereits 23 Mal vorbestrafter Mann hatte sich gestern vor dem Hagener Schöffengericht wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Er hatte auf einer Zählkarte des Wohlfahrtsamtes als Wohlfahrtsverwalter vor einer Reue eine Eins gesetzt und auf diese Weise einen um 10 RM höheren Betrag zu erlangen versucht. Die Fälschung wurde jedoch entdeckt und eine Auszahlung des höheren Betrages fand nicht statt. Der Angeklagte entschuldigte sich mit dem Gland, in dem er damals durch die Krankheit seiner Frau gestört habe. Angesichts der vielen Vorstrafen hatte der Angeklagte eigentlich eine Zuchthausstrafe verdient. Das Gericht trug aber der Notlage Rechnung und setzte die Strafe auf 6 Monate Gefängnis fest.

—pn Hagen. Die Hagener Nationalsozialisten verlangen den Austritt des Oberbürgermeisters Dr. Raabe. Gestern Abend fand in der Stadthalle eine Versammlung der Nationalsozialisten statt, in der bekannt gegeben wurde, daß die N. S. D. A. P. zu dem Fall Pforte eine Entschließung an den Regierungspräsidenten, an den Preussischen Innenminister und an den Reichsinnenminister senden werde. In der Entschließung wird gesagt, daß an der unerhörten Verschwendung von Geldern bei der Straßenbahn Oberbürgermeister Dr. Raabe und die anderen Mitglieder des Aufsichtsrats mitschuldig seien. Das Vorgehen des Oberbürgermeisters in dieser Sache sei nichts als ein plummes Ablenkungsmanöver. Es werden weitere Schritte zur Wiedererlangung des verlorenen Geldes gefordert und zwar durch Haftbarmachung der verantwortlichen Aufsichtsinstanzen. Oberbürgermeister Dr. Raabe habe das Vertrauen der Bürgerschaft verwirkt und müsse sofort von seinem Amte suspendiert werden. Um eine Verbunkelung zu verhindern, müsse ihm eine weitere Einsicht in die Akten verweigert werden. Zum Schluß wird für die Zeit der Suspendierung die Einsetzung eines Staatskommissars gefordert. In der Versammlung wurde zum Fall Pforte darauf hingewiesen, daß die Errichtung der Wagenhalle in Gesech dem Architekten Schladebier übertragen worden sei, der zugleich Aufsichtsratsmitglied der Straßenbahn gewesen sei, ferner sei die Ausarbeitung des Planes zu der Villa des Generaldirektors Pforte dem Architekten Kohlhaage zu einem Honorar von 10.000 RM übertragen worden, obwohl K. der Schwiegerjohn des Aufsichtsratsmitglieds Springmann sei. Rechtsanwalt Dr. Lüsebrink machte darauf aufmerksam, daß er schon des Öfteren über die Finanzwirtschaft der Hagener Straßenbahn Presseveröffentlichungen in früheren Jahren herausgegeben habe und daß er auch weiterhin nicht ruhen werde, bis der Fall Straßenbahn und ebenfalls das Problem Elektromark geklärt sei.

Hagen. Jahresversammlung der Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Frauenvereine vom Roten Kreuz des Märkischen Sauerlandes. Im großen Saale des reform. Gemeindehauses fand die diesjährige Hauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Frauenvereine vom Roten Kreuz des Märk. Sauerlandes statt. Angeführt der Tatsache, daß im kommenden Winter die freiwillige Liebesbeteiligung weit mehr als bisher Grund und Gelegenheit haben wird sich zu entfalten, war der Besuch der Versammlung ein sehr reger. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Rektor Grebe, Hagen, eröffnete die Versammlung und erteilte der Vorsitzenden des Hagener Ver-

eins Frau Altenloh das Wort zur Begrüßung. Die Hauptvereinsvorsitzende Gräfin Meerfeld nahm hierauf das Wort zu einem Vortrage über besondere Ziele und Aufgaben der vaterländischen Frauenvereine vom Roten Kreuz und der freien Wohlfahrtspflege überhaupt. Zum Schluß bezeugte die Rednerin als das wohl vorbrügliche Gebiet der helfenden Liebe für diesen Winter die Ernährungsfürsorge. Ueber diese Frage entspann sich eine ausgedehnte Aussprache, in der die Wege, wie man dem Hunger steuern könne ausführlich erörtert wurden. Es sei erwähnt, daß allgemein Volksküchen abgelehnt werden. Frau Liebe-Hartfort, Hagen, setzte sich für die Familienpeisung von Kindern, aber auch die ledigen Erwachsenden ein und richtete an das Wohlfahrtsamt die Bitte, möglichst viele Gutscheine statt barem Gelde auszugeben. Stadtrat Dr. Guttman, der die Gräfin der Stadt Hagen überbrachte, betonte, daß er stets den hohen Wert der freien Liebesbeteiligung anerkannt habe und von ihm durchgeführten sei. Heute, da die öffentlichen Kassen sozusagen leer geworden seien, müsse die freiwillige Wohlfahrtspflege einspringen und sie finde da gewaltige Aufgaben vor. Das ganze Gebiet der Sachleistungen falle heute der freien Wohlfahrtspflege zu, obwohl sie keineswegs verpflichtet sei, diese Aufgaben zu übernehmen und die öffentliche Wohlfahrtspflege ihre eigene Verantwortung behalte. Der Redner schloß seine Ausführungen mit einer Bitte an den Hauptvorstand des Frauenvereins, sich nachdrücklich für Verbilligung der Lebensmittel für Erwerbslose einzusetzen. In der weiteren Aussprache wurden fast alle Fragen des Ernährungsproblems erörtert und aus der Erfahrung der einzelnen Zweigvereine mancherlei Anregung gegeben. Gräfin Dr. Goeben erklärte zum Schluß, all diese Anregungen für die Hauptvorstandsitzung im Oktober entgegenzunehmen zu wollen und richtete dann einen außerordentlich herzlich gehaltenen Appell an jedes einzelne Mitglied der Frauenvereine, tatkräftig an der Lösung der durch diesen Notwinter gestellten Aufgaben mitzuwirken. Die Versammlung wurde hierauf kurz nach 19 Uhr geschlossen.

Fierlohn. Eine schwere Familientragödie. Gestern morgen ereignete sich kurz nach 7 Uhr im Hause Grabenstraße 22 eine entsetzliche Familientragödie. Der Friseur Griefenbrand hatte mit seiner Frau und seinem sechs-jährigen Töchterchen im Schlafzimmer geweilt. Als gegen 7 Uhr die Frau zur Küche ging, um dort Kaffee zu kochen, hat der ungeliebte Vater seinem Kinde, das aus zweiter Ehe stammt, mit einem Messer die Schlagader durchgeschnitten, so daß es verblutete. Als die Frau sich anschickte, die Betten des Schlafzimmers, das im 2. Stockwerk liegt, zu ordnen, bemerkte sie am Fußboden eine große Blutlache. Plötzlich bemerkte sie ihren Mann, der sich auf die Türste, um sie gleichfalls zu töten. Sie stieß ihn vor die Brust, so daß er zurückwich. Er nahm darauf das Messer und brachte sich selbst mehrere Schnitte am Hals bei. Als bald wurde die Kriminalpolizei herbeigerufen, die den Tatbestand aufnahm. Kriminalsekretär Heinz ließ den verletzten Kindesmörder ins Krankenhaus schaffen. Wie man uns mitteilt, hat die entsetzliche Bluttat ihre Ursache in zerrütteten Familienverhältnissen. Die Eheleute konnten sich nicht vertragen.

Velbert. Noch glimpflich abgelaufen. Gestern nachmittag kam auf der Friedrichstraße ein Mann, der mit dem Anstreichen der elektrischen Leitungsmasten beschäftigt war, anscheinend dem Leitungsdraht der Straßenbahn zu nahe. Er erhielt einen starken elektrischen Schlag, so daß er zusammenbrach. Glücklicherweise erholte er sich nach einiger Zeit wieder.

Vengerich. 140 Zentner Schmalz verbrannt. In der vergangenen Nacht geriet hinter der Wirtschaft Bäume auf der Chaussee Ladbagen—Vengerich ein Lastwagen einer Bremer Firma, der sich auf der Fahrt nach Essen befand und mit 140 Zentnern Schmalz beladen war, in Brand. Der Brand war im Vergaser entstanden und hatte sich mit rasender Schnelligkeit auf den ganzen Wagen ausgebreitet. Nur mit knapper Not konnten sich die Fahrer retten. Der Wagen brannte vollständig aus. Das brennende Fett floß wie ein Lavaström in den Chausseegraben. Die Feuerwehr von Ladbagen, die alarmiert wurde, konnte nichts mehr ausrichten. Einige Chausseebäume, die in unmittelbarer Nähe des brennenden Wagens standen, wurden stark mitgenommen.

Hannover. Brennender Kraftwagen. Die Feuerwehr wurde nach der Landstraße zwischen Bornum und Empelde gerufen, wo in der Nähe der Zündhütchenfabrik durch Fehlzündung ein Lastkraftwagen mit Anhänger in Brand geraten war. Durch den entstandenen Vergaserbrand wurde auch der Benzintank in Mitleidenchaft gezogen, so daß dieser explodierte. Das Feuer übertrug sich auf den Vorderteil des Motorwagens, insbesondere auf den Führersitz, und auf einen kleinen Teil der Zuladung. Der Brand wurde von der Freiwilligen Feuerwehr in Empelde im Verein mit der städtischen Feuerwehr gelöscht. Der etwa 40jährige Kraftwagenführer Brandt aus Bersmold erlitt nicht unerhebliche Brandwunden.

Hildesheim. Geld und Schriftstücke im Kirchturmkopf. Der Kirchturm in Dungsbed wird einer gründlichen Reparatur unterzogen. Bei der Bauausführung wurde auch der Turmkopf mit Witterschne heruntergeholt. Darin fand man altes hannoversches Geld, verschiedene Kupfer-, Nickel- und Silbergeldstücke aus der Zeit um 1877, ein Glas und Schriftstücke mit dem Datum des 12. bis 17. September 1873, von dem damaligen Pastor Petri geschrieben.

Wolsenbüttel. Großfeuer in Weferlingen. Auf dem landwirtschaftlichen Besitz der Schulgesellen Erben Pächter W. Vink, brach ein Großfeuer aus. An den aufgeschickerten Erntevorräten fand das Feuer reiche Nahrung. Der Brand griff mit großer Schnelligkeit um sich. Durch das tatkräftige Eingreifen der Wehren wurde das Feuer auf seinen Herd beschränkt. Außer der Scheune, die vollständig niederbrannte, sind die Stallungen beschädigt worden. Das Wohnhaus blieb unversehrt.

Göttingen. Einbruch in den Bismarturm. Der Bismarturm, aus dem wirklich nicht viel herauszuholen ist, wurde vor einiger Zeit von zwei Wanderschurken erbrochen, von denen einer in Göttingen ortsfundig war. Nachdem die beiden in Hameln sich ein Motorrad gestohlen hatten, kamen sie nach Göttingen und kriegten in den Bismarturm. Hier fielen ihnen 18 Mark Bargeld und mehrere Tafeln Schokolade in die Hände. Jetzt wurden die Burschen auf ein Jahr ins Gefängnis geschickt.

O Heimkehr der geretteten deutschen Ozeanflieger. Die geretteten deutschen Ozeanflieger Johannsen und Noddy werden mit ihrem Begleiter Weiga am 3. Oktober am Bord des Japagadampfers „St. Louis“ die Heimreise von Newyork aus antreten. Die Hamburger Flieger werden ihnen zu Ehren am 14. Oktober einen Begrüßungsabend im Flughafen-Fußbühnen veranstalten.

Jüterboger Eisenbahnattentäter verhaftet?

Die Stendaler Polizei verhaftete am Dienstag den 30 Jahre alten Schuhmacher Lamprecht aus Stendal wegen eines Fahrraddiebstahls. Lamprecht, der Kommunist ist, ist schon mehrfach vorbestraft. Er behauptet, daß er gegen eine Bezahlung von 300-Mark an der Vorbereitung und Durchführung des Eisenbahnattentats bei Jüterbog beteiligt gewesen sei. Er habe auch die Rohre für die Sprengkörper beschafft und unter die Eisenbahnschienen geschoben. Ein Berliner Kriminalkommissar ist zur Untersuchung und Angelegenheit nach Stendal gekommen. Er steht der Selbstbeziehung Lamprechts noch starke Zweifel entgegen, da im Reich eine Reihe von ähnlichen Selbstbezeugungen erfolgt sind. Für die Täterschaft des Lamprecht spricht jedoch die Tatsache, daß Lamprecht von dem Ort des Attentats verblüffend genaue Beschreibungen gab. Der Verhaftete wurde in das Stendaler Gefängnis übergeführt. Die Untersuchung wird inzwischen weiter geführt. Die Frau des Lamprecht bestätigt, daß ihr Mann am Tage des Attentats bei Jüterbog nicht in Stendal gewesen sei. Von den erwähnten 300 Mark habe sie nichts zu sehen bekommen.

Raubüberfall auf die Meißener Sparkasse.

Vormittags drang ein Mann in die Sparkassenträume in Meissen ein, raubte aus dem Kassenschatz ein Geldstück mit 1000 Mark Silbergeld und suchte zu entkommen. Ein Beamter, der sich dem Täter entgegenstellte, erhielt einen Schuß durch die Hand. Der Räuber eilte zu seinem Motorrad, das er nachts zuvor gestohlen hatte. Der Motor sprang jedoch nicht sofort an und der Dieb, der noch einen Schuß auf die verfolgenden Beamten und das Publikum abgab, konnte mit dem Rade umgeworfen und bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten werden. Es handelt sich um einen 31jährigen Verforgungsamtwärter Erich Willi Wagner aus Meissen.

Das Schiffsgrab in der Nordsee.

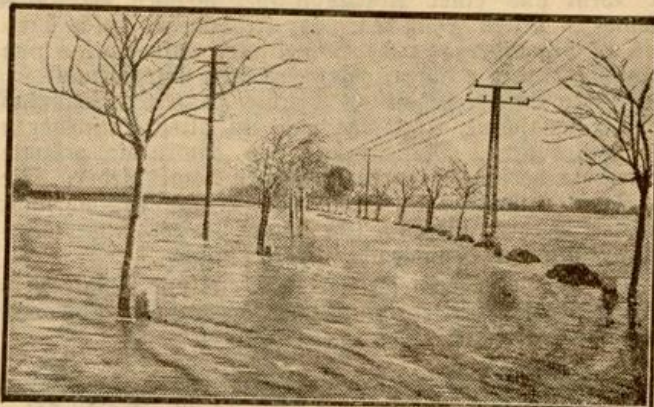
Das Unterseeboot „Nautilus“ wird versenkt. Das Schiffsamt der Vereinigten Staaten hat die Vernichtung des Unterseebootes „Nautilus“, mit dem Hubert Wilkins bis zum Nordpol gelangen wollte, gestattet. Wilkins hat die Absicht, das Polarschiff in der Nordsee zu vernichten, da es nicht imstande ist, unter eigener Kraft Amerika zu erreichen, und es gefährlich wäre, das Unterseeboot ins Schlepptau zu nehmen. Der amerikanische Konsul in Bergen dürfte als offizieller Zeuge der Versenkung des vielgenannten Schiffes beizuhelfen.

Das Attentat auf den Albanerkönig vor Gericht.

Außerordentliche Sicherheitsvorkehrungen. In Nieuw (Oberösterreich) begann der Prozeß gegen zwei Männer, die auf den albanischen König Ahmed Zogu anlässlich seines Aufenthaltes in Wien einen Revolveranschlag unternommen hatten, wobei sein Adjutant, Major Topolar, getötet wurde. Angeklagt sind die Albaner Alijs Cami und Adol Gjelojshi. Die Verlegung der Verhandlung nach dem kleinen oberösterreichischen Landstädtchen ist erfolgt, weil dadurch eine bessere Überwachung der Prozeßteilnehmer ermöglicht wurde. Es sind auch in Nieuw außerordentliche Sicherheitsvorkehrungen als notwendig erachtet worden; sogar die Pressevertreter wurden auf Waffen durchsucht. Zu dem Prozeß, der drei Tage dauern dürfte, sind 17 Zeugen und zahlreiche Sachverständige geladen.

Die Bootskatastrophe bei Vorkum.

Die Leiche des Badedirektors Specht geborgen. Die Leiche des bei dem Bootsunfall bei Vorkum tödlich verunglückten Badedirektors und Zeitungsverlegers Specht wurde nunmehr auf dem Wihuisen Reeden gefunden. Das Wihuisen Reeden befindet sich an der holländischen Küste südlich von Vorkum. Die holländischen Fischer, die die Leiche fanden, benachrichtigten sofort die Gemeinde Vorkum, die ein Boot zur Einholung der Leiche Spechts entsandte, das noch unterwegs ist. Die Leiche Spechts ist die zweite, die man von den fünfzehn Ertrunkenen fand. In den letzten Tagen war die Suche der Boote durch das stürmische Wetter stark behindert. Auf Memmert fand der Vogelwärter Leese eine Uhr, eine Weste und einen Hut, die unzweifelhaft einem der Verunglückten gehört haben. Der Zustand des auf Wihuisen befindlichen Sankts hat sich soweit gebessert, daß er nach Vorkum gebracht werden konnte.



Das furchtbare Hochwasser in Schlesien, das durch die Überschwemmung der Oder weite Länderstrecken unter Wasser gesetzt hat, hat auch den Verkehr auf den Landstraßen unterbunden. Wo sonst fruchtbare Ländereien sich ausdehnen, ziehen sich öde Wasserflächen hin, selbst vor den Toren Breslaus — wie hier in unserm Bilde — stehen die Bäume mehr als einen Meter unter Wasser.

Kardinal Segura nach Rom abberufen.

Nach Mitteilungen des Justizministers hat, wie aus Madrid gemeldet wird, der Vatikan den Kardinalerzbischof von Toledo und Primas von Spanien, Segura, seines Auftrags in Spanien enthoben und zum Mitglied des Heiligen Kollegiums in Rom ernannt.

Börse und Handel

Ämtliche Berliner Notierungen vom 30. September.

* **Produktenbörse.** Die Stimmung am Getreidemarkt war durchschnittlich schwächer. Die Unsicherheit hinsichtlich der Erfüllung der bestehenden Auslandslieferungsabkommen innerhalb der Kaufmannschaft infolge der ausländischen Währungsverhältnisse lähmt teilweise die hiesigen Abnehmer zunächst, die Ware auf den Weg zu bringen und deshalb auch Neukäufe im Inlande zu tätigen. Der Berliner Vorratstand lehnt die Stellungnahme in diesen Dingen ab. Promptpreise ermäßigt. Gerste und Hafer gleichfalls billiger. Weizen infolge mangelnder Konsumnachfrage still.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,20—4,21; engl. Pfund 16,38 bis 6,42; holl. Gulden 169,33—170,17; Danz. 81,99—82,15; franz. Franc 16,68—16,72; Schweiz. 82,37—82,53; Belg. 58,79—58,91; Italien 21,03—21,07; schwed. Krone 96,90—97,10; dän. 92,41 bis 92,59; norweg. 92,41—92,59; tschech. 12,48—12,50; österr. Schilling 59,13—59,25; Argentinien 0,98—0,99; Spanien 37,91 bis 37,99.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 30. September.

Gefängnisstrafe für Deutschunterricht.

Bromberg. Ein Krämler Anna Gonschorek hatte den Eltern schulpflichtiger Kinder gezeigt, wie ihre Kinder am besten die deutsche Sprache erlernen konnten. Sie mußte sich deswegen vor Gericht verantworten. Das Gericht in Adelnau verurteilte die Angeklagte zu 14 Tagen Gefängnis. In einem ähnlichen Prozeß ist bereits nachgewiesen worden, daß im Geesee überhaupt keine Strafen für eine derartige Tätigkeit vorgeesehen sind. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden.

Raubüberfall auf einen Kraftwagen.

Oppeln. Die Raubüberfälle auf Postfahrzeuge im Kreis Oppeln wollen kein Ende nehmen. Auf der Straße zwischen Malapane und Dolos wurde ein neuer Überfall auf ein Pferdegespann der Reichspost verübt. Zwei verumtumelte Männer hielten den Wagen an und verlangten von dem Beamten die Herausgabe der Wertgegenstände. Da der begleitende Postbeamte den Schlüssel zu den Behältern nicht bei sich hatte und sich außerdem einige Kraftwagen näherten, flüchteten die Räuber.

Macdonald aus der Arbeiterpartei ausgeschlossen.

London. Der Landesvollzugsausschuß der Arbeiterpartei hat beschlossen, daß alle Mitglieder und Anhänger der nationalen Regierung automatisch und sofort die Mitgliedschaft in der Arbeiterpartei verlieren. Macdonald, Snowden, Thomas und alle anderen sozialistischen Minister und Unterstaatssekretäre sowie eine Reihe von Arbeiterabgeordneten, die Macdonald unterstützen, sind damit aus der Arbeiterpartei ausgeschlossen worden.

Verfallungsbescheid in Württemberg bis 31. März verlängert.

Stuttgart. Das württembergische Innenministerium hat das Verbot von allen, auch nichtpolitischen Versammlungen einschließlich der Aufzüge, Aufmärsche und Propagandafahrten, das bisher bis zum 1. Oktober gegolten hat, angesichts der allgemeinen Lage bis zum 31. März 1932 verlängert.

400 Prozent Bürgersteuer in Leipzig.

Leipzig. Das sächsische Ministerium des Innern hat für Leipzig die Erhebung einer Bürgersteuer in Höhe von 400 Prozent angeordnet. Bei einem Einkommen bis zu 4500 Mark werden danach 24 Mark Bürgersteuer erhoben. Für die Ehefrau wird ein Zuschlag von 50 Prozent erhoben.

Spiel und Sport.

Motor-Sport.

Halver. Der Motorradclub Halver (DMV) hält am kommenden Sonntag seine allgemein beliebte Fuchsjagd ab. Zur Suche nach dem Fuchs ist der Lüdenscheider und Kiersper Club eingeladen, jedoch die Jagd ein großes Ereignis zu werden verspricht. Den ersten Siegern stehen wertvolle Plaketten zur Verfügung. Frisch auf zur fröhlichen Suche!

Wetterausichten.

4. Okt.: Veränderlich, laue Luft, Wind.
5. Okt.: Sonne, Wolken, Frühnebel, herbstlich warm, still.
6. Okt.: Wenig anders. (Leichter Regenfall)
7. Okt.: Wolken, Regen wahrscheinlich, später aufklarend milde.
8. Okt.: Sonne, tags milde, Wolken.
9. Okt.: Wolken, Sonne, tags ziemlich warm, Regenfall.
10. Okt.: Veränderlich, tags gelinde, Wind. (möglich)

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Am Samstag, d. 3. Okt., 8,30 Uhr abends findet im Haus zur Fuhr eine öffentliche Versammlung statt.

Der Redner des Abds., der Landwirt Pg. W. Meinberg spricht über das Thema: Bauernnot ist Volksnot

Auch wird der Redner unsere Stellungnahme zu den Landwirtschaftskammerwahlen rechtfertigen und den Führern der Landwirtschaft Gelegenheit zur Aussprache über dieses Thema geben. Eintritt 30 Pfg. - Aussprache! N. S. D. A. P., Ortsgruppe Halver.

Führer und Wanderkarten

Kneebusch, Sauerlandführer 4.- Mark

Führer durch das Hauptwegenetz des Sauerlandes, mit groß. Wegekarte 1.20 Mark

Sauerlandkarte Einzige amtliche Ausgabe des S. G. V. 1 : 50000 1.50 Mark

Übersichtskarte über das Sauerland 1 : 210000. Mit Hauptwanderstrecken, Jugendherbergen usw. 0.60 Mark

Buchhandlung Wilh. Bell jr., Halver Telefon 442.

Um zu räumen: Moderne Damen-, Herren- u. Kinderstrümpfe sowie Socken zu weit herabgesetzten Preisen. Gust. Borlinghaus Kierspe-Bahnhof, Wilkenhufen.

Ullstein - Bücher Buchhandlung Wilh. Bell jr. Halver.

1-2 Grundstücke in nächster Nähe des Ortes sof. zu kaufen gesucht.

Angebote mit Preisen unter 5. Mr. 700 an die Geschäftsstelle des Ang. Anzeigers Halver.

Feinsten Medizinal-

Lebertran

vorzügliche Lebertran-Emulsion

für schwächl. u. skrof. löse Kinder empfiehlt:

Drogerie

C. Bauhoff, Kierspe-Bahnhof, Ruf 572 Meinerzhagen.

4 Zyl. DKW

Cabrio-Limousine 4sitzig, 4/22 Ps., Baujahr 30 in sehr gutem Zust. noch versteuert, sehr günst. zu verkaufen.

Anfragen unter H. Nr. 95 an die Geschst. d. Allg. Anzeigers Halver.

Erhalte Anfang nächster Woche

Rot- und Weißkohl

Nehme Bestellungen bis Samstag entgegen.

Otto Meisterjahn, Kierspe.

Alle Artikel für die Säuglingspflege empfiehlt:

Drogerie

Carl Bauhoff, Kierspe-Bahnhof, Ruf 572 Meinerzhagen.

Wer

mit seinem Gelde rechnen muß

bevorzugt den vorteilhaften Reste-Verkauf im Tapetenhaus, Hansa-Lüdenscheld in meiner äußerst reichen Auswahl moderner Tapeten finden Sie schöne Restpartien in guter Qualität zu besonders niedrigen Preisen!

Beste Bezugsquelle für Linoleum, Farben, Lacke.

Tapetenhaus „Hansa“

Max Müller, Lüdenscheld, Knapperstr. 19/21, am Karlsplatz Haltestelle der Omnibuslinien „Mark-Sauerland“ u. „Wupper-Sieg“.

PLAKATE

für alle Veranstaltungen

1. wirksamer Ausführung

liefert die Buchdruckerei

Wilh. Bell jr.

Telef. 442 Halver Telef. 442

Bericht der Viehverkaufshalle A.-G. Lehrte vom Verkaufstage 29. September 1931.

Auftrieb: 2296 Stück Ferkel und 256 Stück Läufer-schweine. Es kosten im Großhandel:

Ferkel (Durchschnittsqualität):
4-6 Wochen alt bis Mark 6.-
6-8 Wochen alt Mark 7.- bis 9.-
8-12 Wochen alt Mark 10.- bis 14.-

Läufer-schweine:
3-4 Monate alt Mark 15.- bis 22.-
4-6 Monate alt bis Mark 40.-

Marktverlauf: Sehr langsam.

Westdeutscher Rundfunk.

Freitag, den 2. Oktober.

- 6,45-7,00 Leibesübungen. Dr. Ludwig Bach.
- 7,00 Wettervorhersage und Zeitangabe.
- 7,05-8,00 Morgenkonzert.
- 8,00 Wiederholung der Wettervorhersage und Zeitangabe, Wasserstandsmeldungen.
- 10,15-10,30 Gymnastik für Frauen. Hilde Brenus.
- 10,30 Erste Meldungen und Zeitangabe.
- 10,40-11,15 Schallplattenkonzert (Grammophonplatten „Die Stimme meines Herrn“).
- 11,20-11,50 Schulfunk für die Oberstufe höherer Lehranstalten. Englische Unterhaltung.
- 12,00 Schallplattenkonzert (Grammophonplatten „Die Stimme meines Herrn“).
- 12,50 Wetterbericht.
- 12,55 Neuerer Zeitzeichen, Mittagmeldungen und Zeitangabe.
- 13,05-14,30 Mittagskonzert, Leitung: Eysoldt.
- 14,30 Rundwerbung mit Schallplatten.
- 15,30 Wirtschaftsmeldungen und Zeitangabe.
- 15,50-16,20 Kinderstunde. Eis Bordenberge. Aus unserer Werkstatt. Wir weben (2).
- 16,20-17,00 Jugendfunk. Besuch im Flughafen Köln. Sprecher: Direktor Müller-Rektor Simon.
- 17,00-18,00 Vesperkonzert des Orchesters des Westdeutschen Rundfunks, Leitung: Buschhütter, Solistin: Isabella Schmalz (Violine). Zeitendössische Tonscher (91).
- 18,00-18,20 Aus der Welt der Pflanze. Dozent: Ewald Schild. Wenn die Blätter fallen.
- 18,20-18,40 Dr. W. M. Effer: Im deutschen Nordosten der Tschechoslowakei.
- 18,40-19,00 Englische Unterhaltung. Lektor Dr. C. Bennett - Lektorin M. Rüschkamp-Whitehead.
- 19,00-19,15 Wetterbericht, Zeitangabe, Wirtschaftsmeldungen und Sportvorbericht.
- 19,15-19,25 Vom Tage.
- 19,30-19,55 Wirtschaft und Gesellschaft im Buch. Dr. Hans Stein: Amerikanische Krise - J. M. Bonn: Prosperität.
- 19,55 Erste Abendmeldungen.
- 20,00-20,15 Übertragung aus New York: Worüber man in Amerika spricht. Kurt G. Zell.
- 20,15-20,45 Abendmusik. Leitung: Wolf.
- 20,15 Wiener Bildnisse (V).
- Franz Schubert. Einleitende und verbindende Worte Dr. Bernhard Jeller. Martha Seinemann-Knoerer (Sopran), Fred Driffen (Bass-Bariton), Otto Eulen (Klavier). Kapelle Wolf.
- 22,05 Letzte Meldungen, Bericht über das geistige Leben, Sportbericht.
- Anschließend bis 23,00: Nachtmusik, Leitung: Wolf.
- 23,00-24,00 Konzertübertragung aus dem Café Demesath, Düsseldorf, Kapelle: Balalaita-Orchester Dr. W. Pogoreloff.